

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Band von Stopp unter Rückgriff auf Geschichte, Soziologie und Rechtstheorie wichtige Wertungsgesichtspunkte für die Anwendung des Gleichheitssatzes im Zusammenhang mit dem Minderheitenschutz herausarbeitet. Die Gedankenfolge bleibt allerdings des öfteren implizit. Anders als die Überschrift erwarten läßt, wird die Darstellung weder von der Dogmatik des Gleichheitssatzes bestimmt, noch steht dieser im Mittelpunkt der Arbeit. Ihr Schwerpunkt und damit auch ihr Verdienst liegen vielmehr in der historischen und soziologischen Analyse des Problems. Damit leistet die Arbeit einen wichtigen Beitrag zu einer schwierigen Diskussion.

Ute Mager

Walter A.S. Koch (Hrsg.)

Ökonomische Aspekte der Demokratisierung in Afrika

Weltforum Verlag, München 1994, 336 S., DM 62,-

"Es ist spannend und zum Teil ernüchternd zugleich, den politischen und ökonomischen Liberalisierungsprozeß in Afrika zu beobachten. In vielen Staaten stehen eine stärkere marktwirtschaftliche Orientierung und eine durchgreifende Demokratisierung auf der Tagesordnung." Diese Feststellung des Herausgebers im Vorwort trifft nach wie vor zu. Leider gilt dies aber auch uneingeschränkt für die von *Koch* in der Einführung getroffenen Schlußfolgerungen, die derzeitige ökonomische Ausgangslage afrikanischer Entwicklungsländer – gibt es denn andere? – müsse "für einen sich selbst tragenden Demokratisierungsprozeß als nicht besonders günstig eingeschätzt werden" (S. 12). Zuvor hatte (sich) *Koch* gefragt: "Vielleicht könnte eine globale Strategie aller Geber das längerfristige Einüben von demokratischen Verfahren ermöglichen, wobei sozio-kulturellen Eigenheiten und historischen Erfahrungen der einzelnen Länder mehr Rechnung zu tragen ist. Außerdem käme es darauf an, daß die afrikanischen Staaten verstärkt Konzeptionen für einen eigenen Entwicklungsweg entwerfen und durchsetzen" (ebd.).

Der Sammelband, der die Entwicklungen bis Anfang 1994 berücksichtigt, gliedert sich in einen allgemeinen Teil und insgesamt sieben Länderstudien. Der Herausgeber räumt dabei ein, die Auswahl – fünf franko-, ein anglo- (Botswana) und ein lusophones Land (Mosambik) – erhebe keinen Anspruch auf Repräsentativität, sondern sei von der Mitwirkungsbereitschaft der im Rahmen der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit nach Afrika entsandten Regierungsberater abhängig gewesen; dennoch sei ein "sehr guter Durchschnitt" erreicht worden (S. 4). Insbesondere in der Kritik an Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und IWF sind sich die Autoren des 2. Teils recht einig; so konstatiert etwa *Meier* für Burkina Faso, das betreffende S(tructural) A(djustment) P(rogram) habe (zunächst) dank der relativ 'weichen' Bedingungen keine besonders harten sozialen Folgen hervorgerufen" (S. 180), während *Goldberg* in bezug auf Benin den hiermit verbundenen

"politischen Sprengstoff" ausführlicher erörtert (S. 143 ff.). Alle Länderbeiträge durchzieht Skepsis; wohl am düstersten werden die Perspektiven von Mosambik trotz des Kriegsendes erachtet, während bei der positiven Ausnahme Botswana spezifische Faktoren maßgeblich seien, die auf viele Staaten allenfalls zum Teil zuträfen (*Mayer*, S. 333). Neben soziopolitischen Faktoren wie ethnischer Homogenität und (fast) einheitlicher Sprache und breiter Verankerung der Führungselite nach Erlangen der Selbständigkeit finden sich in Botswana besondere wirtschaftspolitische Umstände in der Ausbeutung und Vermarktung ergiebiger Diamantenvorkommen (S. 313 ff.). Das großflächige, aber sehr dünn besiedelte südafrikanische Land könne deshalb "eher als Katalysator für eine schnellere Entwicklung anderer Staaten zu einem demokratischen Staat angesehen werden als ein Vorbild für einen bestimmten Entwicklungsweg" (S. 333).

In den allgemeinen Beiträgen mahnt *Weiland* neben der Zulassung formaldemokratischer Institutionen eine Durchsetzung "gruppenbezogener Verfassungsbestimmungen" an, "die auch Minderheiten und Oppositionsgruppierungen ein Mitspracherecht einräumen" (S. 31); nur wenn es gelänge, "angepaßte" und für die Mehrheit der Bevölkerung akzeptable Einrichtungen der politischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung aufzubauen und entsprechende Verhaltensweisen der Selbstverantwortung zu wecken, bestehe Hoffnung, daß sich Demokratie in Afrika verfestige (S. 34 f.). Leider erörtert der Autor zwar, ob Demokratie ohne Wirtschaftswachstum möglich sei (S. 31 ff.), läßt sich jedoch zu "wirtschaftlicher Selbstverwaltung" nicht näher aus. *Adam* unterstreicht, nicht weniger, sondern ein anderer Staat sei gefordert (S. 46) – ein "hybrides" politisches System müsse sowohl aus afrikanischen wie aus westlichen Quellen schöpfen (S. 55) – und spitzt dies auf die Forderung zu: "To bring the government closer to the people". Ähnlich fällt das Ergebnis von *Illy* aus (S. 103). *Menck* sieht eine Synthese von Demokratie, Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum dagegen im Konzept der "good governance", wie sie Vorstellungen von Weltbank und IWF entspreche (S. 73). Er stellt auch Möglichkeiten von deren Verwirklichung in Schwarzafrika dar (S. 76 ff.). Schließlich äußert sich noch einmal der Herausgeber, der die Bedeutung einer funktionsfähigen Rechtsprechung unterstreicht (S. 112). Ziel müsse es sein, in Analogie zu ökonomischen Ansätzen ("sustained growth" oder "sustained development") zu einer "sustained democracy" zu gelangen, wofür jedoch Zeit vonnöten sei (S. 118). *Koch* faßt zusammen: "Eine inhaltliche Demokratisierung setzt ein Mindestmaß an Identifikation mit dem Staat voraus, die indes nur über eine breite Partizipation der Bevölkerung (Dezentralisierung) an der gesellschaftlichen Willensbildung zu erreichen ist. Einer reformierten staatlichen Verwaltung kommt in Zukunft die Aufgabe zu, die persönlichen und ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten zu fördern, statt sie wie bisher zu reglementieren" (S. 125).

Die Länderstudien wie die allgemeinen Darstellungen sind gerade in der Vielfalt der hier vorgetragenen – dabei durchweg im Stil sachlicher Kritik geäußerten – Meinungen geeignet, mannigfache Denkanstöße zu geben, zumal sie jeweils auch englische und französische Zusammenfassungen enthalten und am Schluß weiterführende Literatur auflisten. Zuweilen scheint freilich die Abfassung der Beiträge in (allzu) großer Eile erfolgt zu sein; darauf

lassen zumindest diverse sprachliche Unebenheiten schließen. Ihre inhaltliche Qualität erleidet dadurch jedoch kaum Einbußen.

Ludwig Gramlich

Robert McCrorqudale / Nicholas Orosz (eds.)

Tibet: The Position in International Law

Report of the Conference of International Lawyers on Issues relating to Self-Determination and Independence for Tibet, London, 6-10 January 1993

Edition Hansjörg Mayer, Stuttgart / London; Serindia, London, 1994, 237 pp.

The relationship of modern Tibet and China includes all the ingredients of controversy. An ancient and – in the parlance of present-day Canadian constitutionalism – 'distinct' society, Tibet was bound to the newly established Communist régime on the Chinese mainland in 1950 through a "peaceful liberation", founded on the military might of the People's Liberation Army, and forcible subjugated in 1959 after a short-lived rebellion followed by the flight of the 14th Dalai Lama and numerous other Tibetans to exile in India. Ever since, the Peking government has maintained a tight grip on this region of roughly two million inhabitants, insisting that Tibet is a purely internal matter.

Cold-War confrontation as well as considerations of human rights issues in respect of China's treatment of Tibet and her people have kept Tibet on the agenda of various international fora. Although contemporary state practice would appear to confirm clear acceptance of Tibet's status as part of the territory of the People's Republic of China (PRC), many governments, on the evidence of their contacts with the exiled Dalai Lama who received the Nobel Peace Prize in 1989, equally seem to consider that Tibet warrants international attention and concern.

The London conference reported in the present volume was chaired by Michael Kirby, President of the New South Wales Court of Appeal in Australia, and attended by practising and academic lawyers from Africa, North America, Australia and Europe as well as representatives of the Tibetan community in exile. The PRC authorities declined an invitation to participate as they repudiated the gathering's proposed agenda indicated in the title.

The conference undertook to examine how contemporary international law on self-determination of peoples would apply to Tibet. Two "Committees on Evidence" were formed to appraise factual aspects as a basis for subsequent legal analyses. The results of these debates are contained in a "Concluding Statement" and a list of "Recommendations". Papers presented and discussion covered the issues of "Tibetans as Distinct People", "The Extent of International Human Rights Law", "Human Rights under Chinese Municipal Law", "The Content of the Right of Self-Determination", "Denial of the Right of Self-